



AMTLICHE MITTEILUNG

Bochum, 30.06.2016

Laufende Nr.: 18/16

Bekanntgabe der Änderung* der
Hochschulprüfungsordnung
für den Masterstudiengang
Technische Betriebswirtschaft

vom 01.06.2016

* Änderungen ausschließlich aufgrund der Namensumstellung der THGA

(2) Eine Prüfung ist bestanden, wenn sie mindestens „ausreichend“ bewertet worden ist. Wenn eine Prüfung bestanden wurde, werden dem Prüfling die der Prüfung zugeordneten Leistungspunkte nach Maßgabe der Anlage 1 vergeben. Die Vergabe der Leistungspunkte für ein Modul erfolgt nach erfolgreichem Abschluss der Modulprüfung.

(3) Sind mehrere Prüfende an einer Prüfung beteiligt, bewerten sie die Prüfungsleistung gemeinsam. Bei nicht übereinstimmender Beurteilung ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen.

(4) Bei der Bildung von Noten ergibt ein rechnerischer Wert

- | | |
|-----------------------------------|-----------------------------|
| – bis einschließlich 1,5 | die Note „sehr gut“, |
| – über 1,5 bis einschließlich 2,5 | die Note „gut“, |
| – über 2,5 bis einschließlich 3,5 | die Note „befriedigend“, |
| – über 3,5 bis einschließlich 4,0 | die Note „ausreichend“, |
| – über 4,0 | die Note „nicht bestanden“. |

(5) Bei der Bildung der Modulnoten und der Gesamtnote wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die ECTS-Benotung wird nicht für die einzelnen Module, sondern nur für die Endnote ausgewiesen (s. § 26).

(6) Die Beurteilung von Prüfungsleistungen ist Studierenden spätestens nach sechs Wochen mitzuteilen.

§ 10

Wiederholung von Prüfungsleistungen

(1) Modulprüfungen, die nicht bestanden sind oder als nicht bestanden gelten, können zweimal wiederholt werden. § 16 Abs. 5 bleibt davon unberührt.

(2) Die Masterarbeit kann bei „nicht bestandener“ Leistung einmal wiederholt werden.

(3) Die wiederholte Masterarbeit muss spätestens drei Semester nach dem Fehlversuch der ersten Arbeit angemeldet werden. Die Inanspruchnahme von Schutzbestimmungen entsprechend den §§ 3, 4, 6 und 8 des Mutterschutzgesetzes und entsprechend den Fristen des Bundeserziehungsgeldgesetzes über die Elternzeit sowie die Berücksichtigung von Ausfallzeiten durch die Pflege von Personen im Sinne von § 48 Abs. 5 S. 5 HG werden in diese Frist nicht eingerechnet. Wer diese Frist überschreitet, verliert ihren bzw. seinen Prüfungsanspruch, es sei denn, dass sie bzw. er das Versäumnis nicht zu vertreten hat. Der Verlust des Prüfungsanspruches hat grundsätzlich die Exmatrikulation zur Folge.

(4) Eine mindestens als „ausreichend“ bewertete Prüfung kann nicht wiederholt werden. Auf Antrag kann der Prüfungsausschuss Studierenden zweimal einen Versuch zur Notenverbesserung einer Prüfung gewähren. Eine genehmigte Wiederholungsprüfung muss zum nächstmöglichen Prüfungstermin erfolgen. Die bessere Note gilt.

§ 11

Wahl von Wahlpflichtmodulen im Studium

Es ist den Studierenden auf schriftlichen Antrag gestattet, einmal im Studium ein Wahlpflichtmodul des Studienganges auszutauschen, unter der Voraussetzung, dass die oder der Studierende in keinem Modul eine Prüfung endgültig nicht bestanden hat.

§ 12

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Erscheint ein Prüfling ohne triftigen Grund nicht zu einer Prüfung, tritt ohne triftigen Grund nach Beginn der Prüfung zurück oder erbringt bis zum Ablauf der Prüfung keine bewertbare Prüfungsleistung, wird die Prüfung als „nicht bestanden“ (n.b.) bewertet.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden; im Falle des Rücktritts hat der Prüfling ferner noch während der Prüfung eine entsprechende mündliche Anzeige gegenüber der bzw. dem Prüfenden oder Aufsichtsführenden vorzunehmen. Bei krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit eines Prüflings ist von diesem ein ärztliches Attest über die Prüfungsunfähigkeit vorzulegen. Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe als triftig an, gilt die Prüfung als nicht unternommen. Hat der Prüfling die Prüfung beendet und die geforderte Ausarbeitung abgegeben, so ist die Prüfung nach dem erzielten Ergebnis zu bewerten; ein Rücktritt von einer abgelegten Prüfung kann nur aus wichtigem Grund erfolgen.

(3) Die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann im Einzelfall die Vorlage eines Attestes einer Vertrauensärztin bzw. eines Vertrauensarztes, die bzw. der vom Prüfungsausschuss zur Auswahl benannt wurde, verlangen. Die Kosten eines vertrauensärztlichen Attestes trägt die Hochschule.

(4) Unternimmt es ein Prüfling, eine Prüfungsleistung durch Täuschung, z. B. Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel, zu beeinflussen oder leistet er Beihilfe zu einer Täuschung oder einem Täuschungsversuch, ist der Sachverhalt durch den bzw. die Prüfende(n) oder Aufsichtsführenden festzustellen und aktenkundig zu machen. Der oder die Prüfer entscheiden je nach der Schwere der Täuschung bzw. des Täuschungsversuchs, ob eine Sanktion unterbleibt oder die Prüfungsleistung mit „nicht bestanden“ (n.b.) bewertet wird und die Täuschung bzw. der Täuschungsversuch im Prüfungsamt aktenkundig gemacht wird.

(5) Ein Prüfling, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von der oder dem Prüfenden oder Aufsichtsführenden in der Regel nach Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. Der Prüfungsausschuss entscheidet darüber, ob die Prüfungsleistung mit „nicht bestanden“ (n.b.) zu bewerten ist und ob die Störung im Prüfungsamt aktenkundig gemacht wird.

(6) In schwerwiegenden Fällen der Täuschung und des Ordnungsverstoßes kann der Prüfungsausschuss den Prüfling von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen; im Falle eines mehrfachen oder sonstigen schwerwiegenden Täuschungsversuches kann der Prüfling zudem exmatrikuliert werden.

(7) Wer vorsätzlich gegen eine der Täuschung über Prüfungsleistungen betreffende Regelung dieser Hochschulprüfungsordnung verstößt, handelt ordnungswidrig. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000 Euro geahndet werden.

(8) Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses nach den Absätzen 1 bis 6 sind dem Prüfling durch den jeweils zuständigen Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 13

Ziel, Umfang und Form der Modulprüfungen; Zusatzmodule

(1) In den Modulprüfungen soll festgestellt werden, ob die Studierenden Inhalt und Methoden der Prüfungsfächer in den wesentlichen Zusammenhängen beherrschen und die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten selbstständig anwenden können.

(2) Die Prüfungsanforderungen sind an dem Inhalt der Lehrveranstaltungen zu orientieren, die aufgrund der Studienordnung für das betreffende Fach vorgesehen sind.

(3) Die Prüfungen können in deutscher oder englischer Sprache abgenommen werden. Soll die Prüfung in englischer Sprache erfolgen, so legt der Prüfungsausschuss dieses gleichzeitig mit Bekanntgabe der Prüfungsdauer und der Prüfungsform gemäß der Frist in Absatz 4 fest.

(4) Die Modulprüfung besteht in der Regel aus einer Klausur- oder sonstigen schriftlichen Arbeit gemäß § 16 mit einer Bearbeitungszeit von zwei bis vier Zeitstunden oder aus einer mündlichen Prüfung gemäß § 17 von 20 bis 60 Minuten Dauer. Der Prüfungsausschuss legt mindestens zwei Monate vor einem Prüfungstermin die Prüfungsform und Prüfungsdauer im Benehmen mit den Prüfenden für alle Prüflinge der jeweiligen Modulprüfung verbindlich fest. Im Benehmen mit der oder dem Prüfenden wird dabei darauf geachtet, dass über den gesamten Studiengang gesehen alle durch die Hochschulprüfungs- und Studienordnung vorgesehenen Prüfungsformen Anwendung finden.

(5) In Modulprüfungen, die sich auf seminaristische Veranstaltungen oder Praktika beziehen, kann die Prüfung ganz oder teilweise im Wege fortlaufender Bewertungen während des Semesters erfolgen. Ansonsten gelten die Regelungen wie für schriftliche Ausarbeitungen nach § 16 Abs. 4.

(6) Für die in § 13 Absatz 5 genannten Veranstaltungen gelten nicht die Fristen gemäß § 13 Abs. 4.

(7) Studierende können sich in weiteren als in den in der Prüfungsordnung vorgeschriebenen Modulen einer Prüfung aus dem Lehrangebot der THGA unterziehen (Zusatzmodule). Das Ergebnis dieser Prüfungen wird auf schriftlichen Antrag des Prüflings nicht in das Masterzeugnis aufgenommen. Die Ergebnisse gehen nicht in die Gesamtnote der Masterprüfung ein. § 10 Abs. 1 findet entsprechende Anwendung.

§ 14 Zulassung zu Prüfungen

(1) Die Zulassung zu Prüfungen ist von Studierenden innerhalb der Anmeldefrist beim Prüfungsausschuss zu beantragen. Die Anmeldefrist wird vom Prüfungsausschuss festgesetzt. Der Antrag wird in der Regel über das elektronische Anmeldeverfahren gestellt.

(2) Innerhalb der Anmeldefrist kann der Antrag auf Zulassung zu einer Prüfung im Rahmen des elektronischen Anmeldeverfahrens ohne Angabe von Gründen und ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche von den Studierenden selbst zurückgenommen werden. Nach Ablauf der Anmeldefrist ist eine Abmeldung von der Prüfung nicht möglich. § 12 bleibt unberührt.

(3) Beantragt ein Prüfling erstmalig die Zulassung zu einer Prüfung in einem Wahlpflichtmodul und zieht diesen Antrag nicht fristgerecht zurück, so ist die Festlegung auf dieses Wahlpflichtmodul verbindlich. § 11 bleibt unberührt.

(4) Zu einer Prüfung kann nur zugelassen werden, wer im Masterstudiengang Technische Betriebswirtschaft der THGA eingeschrieben oder als Zweithörerin oder als Zweithörer zugelassen ist.

(5) Für die Zulassung zu den Prüfungen sind die gemäß Modulbeschreibungen geforderten Teilnahmeachweise (Prüfungsvorleistungen) zu erbringen (vgl. Anlage 1). Für Lehrveranstaltungen, deren Lernziel nicht ohne Beteiligung der Studierenden in der Lehrveranstaltung erreicht werden kann, kann die regelmäßige Anwesenheit der Studierenden verpflichtend vorgesehen werden. Dies ist nur dann der Fall, wenn das Anwesenheitserfordernis zur Erreichung des konkreten Lernzieles offensichtlich unabdingbar ist.

(6) Die Zulassung ist zu versagen, wenn

- a) die in Abs. 1, 4 und 5 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder
- b) die Unterlagen unvollständig sind und nicht bis zu dem vom Prüfungsausschuss festgesetzten Termin ergänzt werden oder
- c) der Prüfling nicht dem Prüfungsamt unverzüglich anzeigt, dass seine Prüfungsanmeldung nicht bestätigt wurde.

Im Übrigen darf die Zulassung versagt werden, wenn ein Prüfling im Geltungsbereich des Grundgesetzes ihren oder seinen Prüfungsanspruch im gleichen Studiengang durch Versäumen einer Wiederholungsfrist verloren hat; dies gilt entsprechend für verwandte oder vergleichbare Studiengänge.

(7) Über die Zulassung entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 15 Durchführung von Prüfungen

(1) Die Prüfungstermine sind so anzusetzen, dass hierdurch in der Regel keine Lehrveranstaltungen entfallen.

(2) Für jede Prüfung werden maximal zwei Prüfungstermine in jedem Semester angesetzt. Der Prüfungszeitraum wird vom Prüfungsausschuss festgesetzt und mindestens zwei Wochen vor der betreffenden Prüfung bekanntgegeben.

(3) Ein Prüfling muss sich auf Verlangen der oder des Prüfenden oder der oder des Aufsichtführenden durch einen amtlichen Ausweis ausweisen, andernfalls ist sie oder er von der Prüfung auszuschließen.

(4) Macht ein Prüfling durch ein ärztliches Zeugnis oder auf andere Weise glaubhaft, dass sie oder er wegen ständiger Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzuleisten, kann der Prüfungsausschuss gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form oder Dauer zu erbringen. Der Prüfungsausschuss hat dafür zu sorgen, dass durch die Gestaltung der Prüfungsbedingungen eine Benachteiligung für Behinderte nach Möglichkeit ausgeglichen wird. Im Zweifel kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses weitere Nachweise vom Prüfling fordern. Der vom Prüfungsausschuss genehmigte Benachteiligungsausgleich ist umgehend nach der Anmeldung zur Prüfung den Prüfern anzuzeigen.

§ 16 Klausur- und sonstige schriftliche Arbeiten

(1) Klausurarbeiten sind schriftliche oder softwaregestützte Prüfungsleistungen, die unter Aufsicht stattfinden.

(2) In den Klausur- und sonstigen schriftlichen Arbeiten sollen Studierende in begrenzter Zeit mit beschränkten Hilfsmitteln nachweisen, dass sie die Zusammenhänge des Fachgebietes erkennen, spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermögen und auf richtigem Wege zu einer Lösung der fachspezifischen Probleme finden können.

(3) Über die Zulassung der Hilfsmittel, die bei einer Klausurarbeit und in einer ggf. anberaumten zugehörigen mündlichen Ergänzungsprüfung verwendet werden dürfen, entscheiden die Prüfenden. Eine Liste der zugelassenen Hilfsmittel ist durch die Prüfenden bis zum Ende des Prüfungsanmeldezeitraumes gemäß § 14 Abs. 1 auf einer hochschulöffentlichen Plattform bekannt zu geben.

(4) Legt der Prüfungsausschuss als Prüfungsleistung eine schriftliche Ausarbeitung fest, ist diese von der oder dem Prüfenden im laufenden Semester zu bewerten. Des Weiteren gelten die Regelungen der Bewertungen für Modulprüfungen analog. Bei Nichtbestehen kann die Ausarbeitung zweimal wiederholt werden.

(5) Vor einer Festsetzung der Note „nicht bestanden“ (n.b.) nach der letzten Wiederholung einer Prüfung in Form einer Klausurarbeit kann der Prüfling sich einer mündlichen Ergänzungsprüfung unterziehen. Diese Regelung kann für höchstens drei Prüfungen in Anspruch genommen werden. Die Ergänzungsprüfung findet unverzüglich nach Bekanntgabe des nicht ausreichenden Ergebnisses der

Klausurarbeit auf schriftlichen Antrag des Prüflings statt. Die Ergänzungsprüfung wird von den Prüfenden der Klausurarbeit gemeinsam abgenommen; im Übrigen gelten die Vorschriften über mündliche Prüfungen (§ 17) entsprechend. Aufgrund der Ergänzungsprüfung können nur die Noten „ausreichend“ (4,0) oder „nicht bestanden“ (n.b.) als Ergebnis einer Modulprüfung festgesetzt werden. Die Sätze 1 bis 5 finden in den Fällen des § 12 Abs. 1 und 4 (Versäumnis, Rücktritt und Täuschung) keine Anwendung.

§ 17 Mündliche Prüfungen

- (1) Für mündliche Prüfungen gelten die Regelungen für Klausuren (§ 16) entsprechend.
- (2) Im Rahmen der mündlichen Prüfung können auch Aufgaben in angemessenem Umfang zur schriftlichen Behandlung gestellt werden, wenn dadurch der mündliche Charakter der Prüfung nicht aufgehoben wird.
- (3) Mündliche Prüfungen werden von einer oder einem Prüfenden in Gegenwart eines Beisitzenden oder mehreren Prüfenden (Kollegialprüfung) als Gruppenprüfungen oder als Einzelprüfungen abgelegt. Vor der Festsetzung der Note ist Einvernehmen der Prüfenden zu erzielen.
- (4) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der Prüfung, insbesondere die für die Bewertung maßgeblichen Tatsachen, sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis der Prüfungsleistung ist dem Prüfling im Anschluss an die mündliche Prüfung einzeln bekannt zu geben.
- (5) Studierende, die sich in einem späteren Prüfungszeitraum der gleichen Prüfung unterziehen wollen, werden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörerinnen oder Zuhörer zugelassen, sofern der Prüfling bei der Meldung zur Prüfung nicht widersprochen hat. Die Zulassung erstreckt sich jedoch nicht auf die Beratung und die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an die Geprüften.

§ 18 Teilnahmenachweise

- (1) Lehrveranstaltungen wie Exkursionen, Sprachkurse, Praktika, praktische Übungen oder vergleichbare Lehrveranstaltungen, bei denen die Anwesenheit offensichtlich unabdingbar ist, werden mit einem Teilnahmenachweis (TN) abgeschlossen (s. Anlage 1). Bei erfolgreicher Teilnahme wird eine Teilnahmebescheinigung ausgestellt, die keine Bewertung enthält. Diese Teilnahmenachweise sind in der Regel Prüfungsvorleistungen (PVL)
- (2) Teilnahmenachweise werden aufgrund regelmäßiger und aktiver Teilnahme sowie ggf. nach Durchführung praktischer Aufgaben ausgestellt. Bei anwesenheitspflichtigen Lehrveranstaltungen ist die zulässige Fehlzeit am Lernziel der jeweiligen Lehrveranstaltung auszurichten und umfasst auch durch Attest entschuldigte Fehlzeiten. Je nach Veranstaltungsinhalt beträgt die zulässige Fehlzeit bis zu 30% der angesetzten Kontaktzeit. Die zulässige Fehlzeit sowie die Zulässigkeit und Form etwaiger Ersatzleistungen legt die jeweilige Dozentin bzw. der jeweilige Dozent zu Veranstaltungsbeginn fest und gibt diese bekannt. Die anwesenheitspflichtigen Lehrveranstaltungen sind in der jeweiligen Modulbeschreibung als solche auszuweisen.
- (3) Zur Dokumentierung von erbrachten Teilleistungen können Testate vergeben werden.
- (4) Teilnahmenachweise dokumentieren in der Regel erbrachte Prüfungsvorleistungen.
- (5) Für die Erbringung von Teilnahmenachweisen findet bei einer ständigen Behinderung der/des Studierenden die Vorschrift des § 15 Abs. 4 entsprechende Anwendung

§ 19 Entfällt

§ 20 Umfang und Abschluss des Studiums

(1) Das Studium umfasst

- a) das Lehrangebot der sechs planmäßigen Fachsemester in berufsbegleitender Form
- b) die Masterarbeit, die innerhalb des Fachstudiums angefertigt wird.

(2) Die Module des Studiums mit ihren Teilnahmenachweisen als Prüfungsvorleistungen sind in der Anlage 1 aufgeführt.

§ 21 Inhalt der Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit ist eine Prüfungsarbeit. Sie soll zeigen, dass der Prüfling befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine Aufgabe aus ihrem oder seinem Fachgebiet sowohl in ihren fachlichen Einzelheiten als auch in den fachübergreifenden Zusammenhängen nach wissenschaftlichen Methoden selbstständig zu bearbeiten und die Ergebnisse klar und verständlich darzustellen.

(2) Die Masterarbeit darf mit Zustimmung der oder des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses in einer Einrichtung außerhalb der THGA durchgeführt werden, wenn sie dort ausreichend betreut werden kann. Der Prüfling hat das Recht, Vorschläge für den Themenbereich der Masterarbeit zu machen.

(3) Auf schriftlichen Antrag des Prüflings sorgt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass der Prüfling rechtzeitig ein Thema für die Masterarbeit erhält.

(4) Die Masterarbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der einzelnen Prüflinge aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar sind und jeder Prüfling für sich die Anforderungen nach Abs. 1 erfüllt.

§ 22 Zulassung zur Masterarbeit

(1) Zur Masterarbeit kann nur zugelassen werden, wer

- a) an der THGA eingeschrieben ist und
- b) in den Modulen mindestens 90 Leistungspunkte erreicht hat.

(2) Der Antrag auf Zulassung zur Masterarbeit ist schriftlich über das Prüfungsamt an den Prüfungsausschuss zu richten. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen, sofern sie nicht bereits früher vorgelegt wurden:

- a) die Nachweise über die in Absatz 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen unter Nennung der noch nicht erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen,
- b) eine Erklärung über bisherige Versuche zur Bearbeitung einer Masterarbeit.

In dem Antrag sollen zwei Prüfende für die Masterarbeit gem. § 23 (6) vorgeschlagen werden. Die Vorschläge bedürfen der Zustimmung der genannten Personen.

(3) Der Antrag auf Zulassung kann schriftlich bis zur Bekanntgabe der Entscheidung über den Antrag ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche zurückgenommen werden.

(4) Über die jeweilige Zulassung entscheidet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder im Zweifelsfall der Prüfungsausschuss. Die Zulassung ist zu versagen, wenn

- a) die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder
- b) die Unterlagen unvollständig sind oder
- c) ein Prüfling im Geltungsbereich des Grundgesetzes den Prüfungsanspruch in diesem Masterstudiengang durch endgültiges Nichtbestehen oder durch Versäumen einer Wiederholungsfrist verloren hat.

§ 23

Durchführung und Bewertung der Masterarbeit

(1) Die Ausgabe des Themas der Masterarbeit sowie die Festlegung der Bearbeitungszeit erfolgen durch den Prüfungsausschuss. Als Zeitpunkt der Ausgabe gilt der Tag, an dem dieser dem Prüfling das gestellte Thema und die Betreuenden bekannt gibt. Dieser Zeitpunkt ist aktenkundig zu machen.

(2) Die Masterarbeit ist in 6 Monaten im berufsbegleitenden Studium entsprechend einem Workload von 600 Stunden abzuschließen. Das Thema und die Aufgabenstellung müssen so beschaffen sein, dass die Masterarbeit innerhalb der vorgegebenen Fristen abgeschlossen werden kann. Im Ausnahmefall kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf einen vor Ablauf der jeweiligen Frist schriftlich gestellten begründeten Antrag die Bearbeitungszeit um höchstens sechs Wochen verlängern. Die Betreuerin oder der Betreuer der Arbeit soll zu dem Antrag gehört werden. Die Möglichkeit der Beantragung der Aussetzung des Verfahrens aus wichtigem Grund bleibt unbenommen.

(3) Das Thema der Masterarbeit kann nur einmal und nur innerhalb der ersten sechs Wochen der Bearbeitungszeit ohne Angabe von Gründen zurückgegeben werden. Im Fall der Wiederholung einer nicht ausreichend bewerteten Masterarbeit, ist die Rückgabe nur zulässig, wenn der Prüfling bei der Anfertigung der ersten Masterarbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hatte.

(4) Im Fall einer ständigen Behinderung des Prüflings findet § 15 Abs. 4 entsprechende Anwendung.

(5) Die Masterarbeit ist in deutscher oder englischer Sprache zu verfassen. Sie ist fristgemäß in dreifacher Ausfertigung über das Prüfungsamt bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses abzuliefern. Zusätzlich ist eine Zusammenfassung der Masterarbeit (Abstract) in deutscher und englischer Sprache anzufertigen, die sowohl in den Anhang der Masterarbeit integriert werden muss als auch in Datei- und gesonderter Papierform bei dem Betreuer der Masterarbeit abzugeben ist. Näheres können die Hinweise zur "Anfertigung von Abstracts zur Abschlussarbeit" regeln.

Bei nicht übereinstimmender Bewertung der Masterarbeit durch die Prüfenden wird die Note der Masterarbeit aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet, wenn die Differenz der beiden Noten weniger als 2,0 beträgt. Beträgt die Differenz 2,0 oder mehr, wird vom Prüfungsausschuss eine dritte prüfende Person bestimmt. In diesem Fall ergibt sich die Note der Masterarbeit aus dem arithmetischen Mittel der beiden besseren Einzelbewertungen der drei Prüfenden. Die Masterarbeit kann jedoch nur dann als „ausreichend“ oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei der Noten „ausreichend“ oder besser sind. Alle Bewertungen sind schriftlich zu begründen.

(6) Für die Betreuung und Bewertung der Masterarbeit werden vom Prüfungsausschuss zwei Prüfende bestellt. Mindestens einer der Prüfenden soll eine Professorin oder ein Professor der THGA sein; hiervon kann ausnahmsweise abgewichen werden, sofern einer der prüfenden Personen nach § 65 HG NRW prüfungsberechtigt und darüber hinaus promoviert und hauptamtlich an der THGA tätig ist sowie über einen Fachbezug zu der zu bewertenden Abschlussarbeit verfügt.

Bei nicht übereinstimmender Bewertung der Masterarbeit durch die Prüfenden wird die Note der Masterarbeit aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet, wenn die Differenz der beiden Noten weniger als 2,0 beträgt. Beträgt die Differenz 2,0 oder mehr, wird vom Prüfungsausschuss

eine dritte prüfende Person bestimmt. In diesem Fall ergibt sich die Note der Masterarbeit aus dem arithmetischen Mittel der beiden besseren Einzelbewertungen der drei Prüfenden. Die Masterarbeit kann jedoch nur dann als „ausreichend“ oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei der Noten „ausreichend“ oder besser sind. Alle Bewertungen sind schriftlich zu begründen.

Die Bewertung der Masterarbeit ist den Prüflingen spätestens sechs Wochen nach Abgabe der Arbeit mitzuteilen.

(7) Durch das Bestehen der Masterarbeit werden 20 ETCS-Punkte erworben.

§ 24 Entfällt

§ 25 Ergebnis der Masterprüfung

(1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn alle nach der Hochschulprüfungsordnung vorgesehenen Module erfolgreich abgeschlossen sind (Anlage 1). Insgesamt werden mit dem Bestehen der Masterprüfung mindestens 120 Leistungspunkte erworben.

(2) Die Masterprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn eine der in Absatz 1 genannten Prüfungsleistungen endgültig als „nicht bestanden“ bewertet worden ist oder als „nicht bestanden“ bewertet gilt. § 11 bleibt unberührt. Über die nicht bestandene Masterprüfung wird ein Bescheid erteilt, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist. Auf schriftlichen Antrag des Prüflings stellt der Prüfungsausschuss nach der Exmatrikulation eine Bescheinigung aus, die die erbrachten Prüfungs- und Studienleistungen und deren Bewertung sowie die zur Masterprüfung noch fehlenden Prüfungsleistungen enthält. Aus der Bescheinigung muss hervorgehen, dass die Masterprüfung endgültig nicht bestanden wurde.

(3) Studierende, die die THGA ohne Studienabschluss verlassen, erhalten auf schriftlichen Antrag eine Übersicht über die insgesamt erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen.

§ 26 Bildung der Gesamtnote, Zeugnis, Masterurkunde und Diploma Supplement

(1) Die Gesamtnote der Masterprüfung wird aus dem mit den Leistungspunkten gewichteten arithmetischen Mittel der Einzelnoten der durch diese Prüfungsordnung vorgeschriebenen Modulprüfungen und der Masterarbeit gemäß § 9 gebildet. Hierbei wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma auf dem Zeugnis ausgewiesen und beim Festsetzen der Gesamtbewertung zugrunde gelegt. Noten von Zusatzmodulen bleiben dabei unberücksichtigt.

(2) Neben der Note auf der Grundlage der deutschen Notenskala ist bei der Abschlussnote zusätzlich eine relative Note entsprechend der nachfolgenden ECTS-Bewertungsskala auszuweisen:

ECTS- Note	Anteil der Studierenden mit bestandener Prüfung an der Gesamtzahl der Prüflinge mit bestandener Prüfung
A	die besten 10 %
B	die nächsten 25 %
C	die nächsten 30 %
D	die nächsten 25 %
E	die nächsten 10 %

Grundlage der Berechnung der ECTS-Noten (ECTS-Grades) sind die Abschlussnoten nach der deutschen Notenskala mit einer Nachkommastelle von 1,0 bis 4,0.

(3) Als Grundlage für die Berechnung der relativen Note sind die Abschlussnoten der Absolventinnen und Absolventen des jeweiligen Studiengangs zu erfassen, die im Zeitraum der letzten 36 Monate - gerechnet vom Monat der Zeugnisausstellung – ihr Studium erfolgreich beendet haben. Die Gruppengröße zur Berechnung der ECTS-Note umfasst mindestens 30 Absolventinnen und Absolventen. Wird diese Gruppengröße innerhalb von 36 Monaten nicht erreicht, ist der Zeitraum zu verlängern, bis die erforderliche Gruppengröße erreicht ist.

(4) In begründeten Ausnahmefällen kann für einzelne Module die ECTS-Note auf schriftlichen Antrag ausgewiesen werden. Absatz 3 gilt entsprechend. Die Entscheidung trifft der Prüfungsausschuss.

(5) Die ECTS-Note wird erstmalig ausgewiesen, wenn die Voraussetzungen nach Abs. 3 vorliegen.

(6) Ist die Masterprüfung gemäß § 25 Abs. 1 bestanden, wird unverzüglich ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält alle vorgeschriebenen Modulprüfungen mit den dabei erzielten Noten, das Thema und die Note der Masterarbeit sowie die Gesamtnote der Masterprüfung. Auf schriftlichen Antrag des Prüflings werden auch die Zusatzmodule gemäß § 13 Abs. 8 mit ihren Noten in das Zeugnis aufgenommen.

(7) Das Masterzeugnis ist von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen. Es wird mit dem Dienstsiegel der THGA versehen und trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist.

(8) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird die Masterurkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des Mastergrades „Master of Science“ mit Angabe des Studienganges beurkundet. Die Masterurkunde wird von der zuständigen Vizepräsidentin oder dem zuständigen Vizepräsidenten unterzeichnet und mit dem Siegel der THGA versehen. Auf schriftlichen Antrag erfolgt die Ausstellung einer Urkunde in englischer Sprache.

(9) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird ein Diploma Supplement in deutscher und in englischer Sprache vom Prüfungsausschuss ausgestellt. Das Diploma Supplement informiert über die wesentlichen, dem Abschluss zugrunde liegenden Studieninhalte, den Studienverlauf, die mit dem Abschluss erworbenen Kompetenzen sowie die verleihende Hochschule. Von Studierenden ist dem Prüfungsamt rechtzeitig bekannt zu geben, inwieweit im Studium besondere Leistungen bzw. Tätigkeiten erbracht wurden, z.B. Mitwirkung in akademischen Gremien und Gremien der studentischen Selbstverwaltung, Praktika im Ausland, Auslandssemester.

§ 27 Entfällt

§ 28 Einsicht in die Prüfungsunterlagen

(1) Die Einsichtnahme in Prüfungsunterlagen wird dem Prüfling auf schriftlichen Antrag nach Ablegung der jeweiligen Prüfung gestattet. Der Antrag ist binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an die Prüfer zu stellen. Die Einsichtnahme findet in den Räumlichkeiten der THGA statt; die Prüfenden bestimmen den Zeitpunkt der Einsichtnahme.

(2) Der Prüfling hat keinen Anspruch auf die Anfertigung von Kopien, Abschriften oder Fotos der Prüfungsakten im Rahmen der Einsichtnahme. Das Recht zur Anfertigung von Notizen bleibt hiervon unberührt.

§ 29 Ungültigkeit von Prüfungen

(1) Hat der Prüfling bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses oder der Bescheinigung nach § 25 Abs. 2 Satz 4 bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diese Prüfungsleistungen entsprechend berichtigen und die Hochschulprüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass ein Täuschungsversuch hierüber vorlag, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses oder der Bescheinigung nach § 25 Abs. 2 Satz 4 bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Wurde die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.

(3) Vor einer Entscheidung ist der bzw. dem Betroffenen Gelegenheit zur Äußerung zu geben

(4) Das unrichtige Prüfungszeugnis oder die unrichtige Bescheinigung nach § 25 Abs. 2 Satz 4 ist einzuziehen. Gegebenenfalls ist ein korrigiertes Prüfungszeugnis bzw. eine korrekte Bescheinigung neu zu erstellen und auszugeben.

(5) Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellung des Prüfungszeugnisses oder der Bescheinigung nach § 25 Abs. 2 Satz 4 ausgeschlossen.

(6) Ist die Prüfung insgesamt für nicht bestanden erklärt worden, ist der akademische Grad abzuerkennen und die Urkunde einzuziehen.

§ 30 Widerspruchsverfahren

Gegen Entscheidungen in Prüfungsangelegenheiten ist der Widerspruch zulässig. Dieser ist innerhalb eines Monats ab Bekanntgabe der jeweiligen Entscheidung schriftlich oder zur Niederschrift bei dem Prüfungsamt einzulegen. Wird einem Widerspruch nicht abgeholfen, so ergeht ein schriftlicher Bescheid, der zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

§ 31 Inkrafttreten

(1) Diese Prüfungsordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Sie ersetzt die Prüfungsordnung vom 09.07.2013 in der Fassung vom 25.08.2015 und gilt für die hiernach Studierenden rückwirkend.

(2) Die Regelung des § 6 löst darüber hinaus alle in übrigen Prüfungsordnungen der THGA enthaltenen Regelungen zu Prüfungsausschüssen ab. Sie tritt abweichend von Abs.1 erst am Tag nach der auf die Wahl der Ausschusmitglieder durch den Senat folgenden konstituierenden Sitzung des neuen Prüfungsausschusses in Kraft. Der Präsident gibt den Tag des Inkrafttretens hochschulöffentlich bekannt.

Ausgefertigt aufgrund der Beschlüsse des Senats der Technischen Hochschule Georg Agricola vom 09.07.2013, 03.02.2015, 07.07.2015 und 26.04.2016.

Bochum, 01.06.2016

Prof. Dr. Kretschmann
Der Präsident
Technische Hochschule Georg Agricola

Anlage 1:

Prüfungsplan Master Technische Betriebswirtschaft

Teilzeit

Pflichtmodule

Modulname	LP	PL	Se TZ	
Produktgestaltung	10	MP 1		
	Produktentwicklung	5	(TN)	1
	Produktsicherheit	5		1
Produktion	9	MP 2		
	Effiziente Produktionsorganisation	5		2
	Ausgewählte Aspekte des Qualitätsmanagement	4		2
Prozesse	10	-		
	Informationstechnik	5	TMP 3.1 (TN)	3
	Prozessleittechnik	5	TMP 3.2	3
Berichts- und Steuerungsinstrumente	10	MP 4		
	Internationale Rechnungslegung	5	(TN)	3
	Controlling	5	(TN)	3
Finanzwirtschaft	10	-		
	Finanzwirtschaft bei unvollkommenen Märkten	5	TMP 5.1	3
	Ausgewählte Fragen der Finanzwirtschaft	5	TMP 5.2	4
Management	9	MP 6		
	Strategisches Management	5	(TN)	4
	Planspiel Global Management	4	(TN)	4
Führungskompetenzen	9	MP 7		
	Integrierte Personal- und Unternehmensführung	5		2
	Entwicklung von Führungskompetenz	4	(TN)	2
Business Planning	9	MP 8		
	Geschäftsplanung	5	(TN)	4
	Case Studies in English	4	(TN)	5
Umweltschutz	8	MP 9		
	Umweltschutz I	4		2
	Umweltschutz II	4		3
Wahlpflichtmodul I (1 aus a/b/c/d/e)	siehe Wahlpflichtmodule			
Wahlpflichtmodul II (1 weiteres aus a/b/c/d/e)	siehe Wahlpflichtmodule			
Masterarbeit und Kolloquium	20	MP 12	6	

-Wahlpflichtmodule-

Wahlpflichtmodule

Modulname	LP	PL	Se TZ	
Rohstoffe	8	MP 10 / 11		
	Internationale Rohstoffwirtschaft	4		5
	Mechanische Verfahrenstechnik	4		5
Nachhaltige Energie	8	MP 10 / 11		
	Energiebereitstellung	4		5
	Energieverwendung	4		5
CRM-Systeme / Supply Chain Management	8	MP 10 / 11		
	CRM- Systeme	4		5
	Supply Chain Management	4		5
Fertigung / Marketing	8	MP 10 / 11		
	Fertigungstechnologien	4	(TN)	5
	Industriegütermarketing	4	(TN)	5
Risikomanagement	8	MP 10 / 11		
	Projekt- und Risikomanagement	4		5
	Arbeits- und Anlagensicherheit	4		5

LP Leistungspunkte, PL Prüfungsleistung, Se Semester, VZ Vollzeit, TZ Teilzeit,
MP Modulprüfung, TMP Teilmodulprüfung, TN Teilnahmenachweis